



Dr. Andreas Farwick

Soziale Segregation in schrumpfenden Städten – Entwicklung und soziale Folgen

Seit den 1970er Jahren sind die Städte in Westdeutschland einem tief greifenden ökonomischen Strukturwandel unterworfen, mit dem ein drastischer Abbau von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe verbunden ist. Als Folge dieses Wandels hat sich insbesondere in den altindustriellen Städten eine ausgeprägte strukturelle Arbeitslosigkeit und damit verbunden, eine fortschreitende Einkommensarmut herausgebildet. Neben dem ökonomischen Wandel findet in fast allen Städten aufgrund sinkender Geburtenzahlen und zunehmender Wanderungsverluste ein starker Bevölkerungsrückgang statt. Hierdurch werden Prozesse der räumlichen Polarisierung zwischen Arm und Reich zusätzlich verstärkt.

Der Beitrag beschreibt den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsrückgang und sozialer Segregation, fragt nach deren sozialen Folgen und umreißt die Reichweite der Interventionen im Rahmen von Stadtteilentwicklungsprogrammen.

Bevölkerungsrückgang und Segregation – Die 1980er Jahre

Im Verlauf der 1980er Jahre hatte sich der Wohnungsmarkt in den Städten aufgrund der Bevölkerungsverluste vor allem im mittleren Mietpreissegment deutlich entspannt. Viele der wirtschaftlich leistungsfähigen Haushalte nutzten die Angebotsüberhänge in diesem Bereich für einen Wohnungswechsel aus unattraktiven Wohnlagen. Diese Entwicklung war insbesondere in den peripher gelegenen Großwohnanlagen der 1960er und 1970er Jahre spürbar, in denen sich die Bevölkerung bis zum Ende der 1980er Jahre deutlich verringerte.

Konträr zur Entwicklung im mittleren Mietpreissegment kam es auf dem Mietwohnungsmarkt preiswerter Wohnungen zu empfindlichen Engpässen. Diese Entwicklung wurde auf der Nachfrageseite durch den starken Anstieg der Zahl einkommenschwacher Haushalte ausgelöst. Auf der Angebotsseite fand eine massive Reduktion preisgünstiger Wohnungen infolge von Abriss oder Modernisierung von Altbauten und durch das Auslaufen von Belegungsbindungen bei gleichzeitigem Rückgang der Neubautätigkeit von Sozialwohnungen statt. Somit waren einkommenschwache Haushalte aufgrund des Mangels an preisgünstigem Wohnraum verstärkt auf den schwer vermittelbaren innenstädtischen Altbaubestand, vor allem aber auf den Restbestand an Sozialwohnungen in den randstädtischen Großwohnanlagen verwiesen (vgl. Kreibich 1990). Insbesondere in den Großwohnanlagen kam es gegen Ende der 1980er Jah-

re zu einer hohen Konzentration einkommensarmer Bevölkerungsgruppen (vgl. Farwick 2001). Aufgrund der Kumulation sozialer Probleme und der steigenden Leerstände wurden diese Quartiere in fachpolitischen Kreisen in zunehmendem Maße als ein städtebauliches Problem wahrgenommen (vgl. Deutscher Bundestag 1988).

Der gesamtstädtische Anstieg sozialer Segregation im Verlauf der 1980er Jahre lässt sich für die Stadt Bremen durch den sog. Index der Segregation (IS) gut belegen (vgl. Abbildung 1). So stieg der Index von 1982 bis 1989 von 22,6 auf 23,8 deutlich an.¹

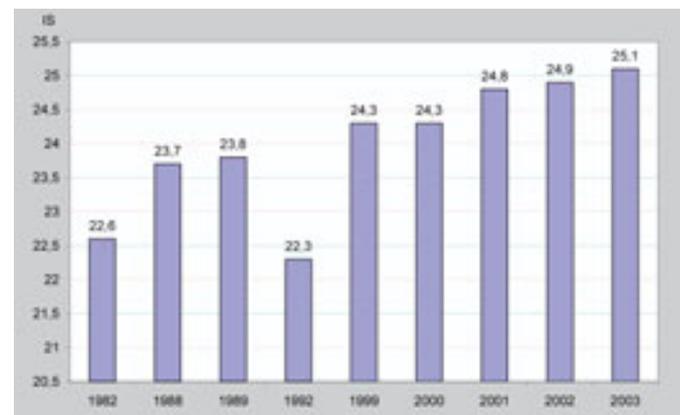


Abb. 1: Index der Segregation (IS) für die Sozialhilfeempfänger in der Stadt Bremen. Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (2003).

Die Entwicklung seit Mitte der 1990er Jahre

Nachdem sich im Zuge der Wiedervereinigung der Arbeitsmarkt kurzfristig erholt hatte und auch die Leerstände in den problematischen Segmenten des Wohnungsmarktes aufgrund der Zuwanderung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zurückgingen, setzen sich spätestens seit Mitte der 1990er Jahre die Arbeitsplatz- und Bevölkerungsverluste der Städte weiter fort. Aufgrund des wiederum zumindest in Teilen entspannten Wohnungsmarktes wurden erneut Prozesse der selektiven Migration ökonomisch besser gestellter Haushalte in Gang gesetzt. Besonders betroffen von dieser bis heute anhaltenden Entwicklung sind – wie in den 1980er Jahren – die Geschossbauten der Großwohnanlagen, die seit einigen Jahren Leerstände in bisher unbekanntem Ausmaß zu verzeichnen haben.

¹ Erläuterung: Der Index der Segregation gibt an, wie viel Prozent der Sozialhilfeempfänger in der Stadt umziehen müssten, um in allen Gebieten eine Gleichverteilung von Sozialhilfeempfängern und der restlichen Bevölkerung zu erreichen. Die Werte des Indexes bewegen sich zwischen 0 und 100. Je höher der Wert, desto höher das Ausmaß an Segregation.



Aufgrund der sich in Zukunft noch verstärkenden rückläufigen Nachfrage am Wohnungsmarkt stellen Rückbaumaßnahmen in Kombination mit der Modernisierung des verbleibenden Wohnungsbestands häufig die einzige Strategie dar, dem fortschreitenden Niedergang der betroffenen Quartiere entgegenzuwirken. Damit werden aber die durch den Wegfall von Belegungsbindungen ohnehin schon stark verminderten Bestände preiswerter Wohnungen (vgl. Abbildung 2) zusätzlich weiter dezimiert. Schon heute sehen Wohnungsmarktexperten das Segment des sozialen Wohnungsbaus als das am stärksten angespannte an (Landtag NRW 2004: 244). Die Folge dieser Entwicklungen ist eine fortschreitende Segregation von Problemgruppen in die immer weiter schrumpfenden Restbestände des sozialen Wohnungsbaus und die unattraktiven Lagen des Altbaubestands. Aufgrund der durch die Rückbaumaßnahmen initiierten Wanderungen besteht zudem die Gefahr einer zunehmenden Verlagerung der Konzentration von Problemgruppen in andere, vielfach räumlich angrenzende Gebiete.

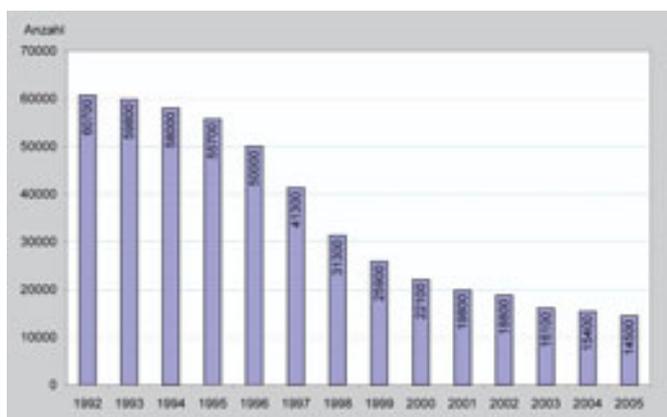


Abb. 2: Entwicklung des Sozialmietwohnungsbestands in der Stadt Bremen. Quelle: Freie Hansestadt Bremen (2001).

Der beschriebene Trend zunehmender Segregation kann für Bremen mit Hilfe des Index der Segregation nachvollzogen werden. So stieg der Index für die Gruppe der Sozialhilfeempfänger in der Phase des Rückgangs der Bevölkerung von 1992 bis 2003 auf einen Höchstwert von 25,1 an (vgl. Abbildung 1).

Soziale Folgen der Segregation – Benachteiligende Quartiere

Mit der sich weiter verschärfenden sozialen Segregation in den Städten gewinnt die Frage nach den sozialen Konsequenzen der räumlichen Konzentration von Problemgruppen zunehmend an Bedeutung. Erste Ansätze zur Beschreibung von Effekten der sozialen Umwelt auf das Verhalten von Individuen wurden bereits in den 1920er Jahren durch die Sozialökologen der Chicagoer Schule formuliert. Insbesondere in den 1960er Jahren fand im Rahmen der Stadtsanierung eine lebhafte Debatte um die Bedeutung sozial homogener vs. heterogener Wohnquartiere statt.

Auch wenn aufgrund verschiedener methodischer Probleme bei der Analyse von Wohnumfeldeffekten (vgl. Farwick 2001:117)

bisher nicht endgültig gesagt werden kann, auf welche Weise und in welcher Intensität benachteiligende Effekte von segregierten Wohnquartieren ausgehen, so gibt es doch eine Reihe von Annahmen, wie diese Effekte vermittelt sein können. Eine generelle Auseinandersetzung mit der Thematik der Handlungsrelevanz von Wohnquartieren (ebd.: 143ff) zeigt, dass negative Quartiereffekte im Wesentlichen durch drei Aspekte bedingt sein können: erstens durch eine geringe Ressourcenausstattung aufgrund schwacher sozialer Netze sowie fehlender sozialer Infrastruktur; zweitens durch das Lernen von Handlungsmustern und Normen, die Lebensmöglichkeiten beeinträchtigen, und drittens durch stigmatisierende und diskriminierende Einflüsse benachteiligter Wohnquartiere. Im Folgenden werden die drei Faktoren näher beschrieben.

Das Wohnquartier als Ort mangelnder Ressourcen

Insbesondere für Bevölkerungsgruppen mit einer lokal orientierten Lebensweise – dies gilt tendenziell für statusniedrige Bevölkerungsgruppen (vgl. Friedrichs/Blasius 2000) – ist die Nachbarschaft, das lokale Netz von Verwandten, Freunden und Bekannten aufgrund der daraus resultierenden Unterstützungsleistungen als wichtige handlungsrelevante Ressource zur alltäglichen Lebensbewältigung anzusehen. Gleiches gilt für die Nutzungsmöglichkeit quartiersnaher soziale Infrastruktureinrichtungen. So haben Einrichtungen der sozialen Dienste im Wohnquartier eine wichtige kompensatorische bzw. flankierende Funktion für fehlende oder unzureichende individuelle Selbsthilfepotentiale (Herlyn/Lakemann/Lettko 1991).

Hinweise auf schwache soziale Netzwerke der Bevölkerung in benachteiligten Quartieren gibt eine Untersuchung von Tobias und Boettner (1992). Als typisch traditionelles Arbeiterviertel ist dieses Problemgebiet durch eine hohe Interaktionsdichte geprägt. Dennoch sind die Kontakte häufig unverbindlich. Oftmals wird versucht, sich von Personen, mit denen man im Alltag regen Kontakt pflegt, durch Diffamierung und soziale Ächtung dieser Personen gegenüber Dritten zu distanzieren. Ein solches Verhalten ist auch durch andere Untersuchungen belegt. Herlyn, Lakemann und Lettko sehen in der sozialen Distanzierung von Seiten der Befragten den Versuch, durch Abgrenzung gegenüber (vermeintlich) stärker marginalisierten Personengruppen die eigene Randgruppenerfahrung zu kompensieren (Herlyn/Lakemann/Lettko 1991). Persönliche Probleme werden in einem solchen Wohnumfeld verstärkt nur mit den nächsten Familienangehörigen und der Verwandtschaft besprochen. Bei finanziellen Problemen versucht man sich selbst zu helfen (Tobias/Boettner 1992: 39).

Auch Keim und Neef (2000) beschreiben ein wenig integriertes Milieu in einem großstädtischen Armutsquartier. Sie stellen fest, dass die Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen der deutschen Bevölkerung im Quartier in vielen Fällen sporadisch, angespannt und konfliktbeladen sind: „...oft ist der Partner die einzige verlässliche Bezugsperson, ansonsten gibt es allenfalls Be-



ziehungen zu Angehörigen in gleich schlechter Situation“ (Keim/Neef 2000b: 35). Die zahlreichen Freundesbeziehungen der von Armut Betroffenen werden als marginal und dürftig bezeichnet. Von diesen Kontakten seien nur wenig gegenseitige materielle Hilfen zu erwarten. Aufgrund der hohen Fluktuation im Quartier und verschiedener Konflikte in der Hausbewohnerschaft (wie z. B. nächtlicher Lärm, mangelnde Sauberkeit in gemeinschaftlich genutzten Wohnbereichen, Sprachbarrieren aufgrund unterschiedlicher Nationalitäten) sind auch die sozialen Beziehungen zur Nachbarschaft deutlich eingeschränkt.

Das Wohnquartier als Ort des Lernens abweichender Handlungsmuster

Die sozialen Beziehungen in lokalen Netzwerken sind aber nicht nur auf ihre unterstützenden Funktionen hin zu bewerten. Insbesondere wenn sich Kontakte auf Personen in gleich schlechter Lage beschränken, besteht die Gefahr der Übernahme abweichender Normen und Handlungsmuster, die dazu führen, dass sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen immer mehr von der „Normalgesellschaft“ entfernen. Nachteile entstehen wenn beispielsweise Personen aufgrund vorherrschender Handlungsmuster *„...Chancen auf dem Arbeitsmarkt auch dann nicht mehr ergreifen können, wenn diese objektiv wieder gegeben sind“* (Häußermann 2000).

Eine wesentliche Voraussetzung der Weitergabe „destruktiver“ Handlungsmuster ist die soziale Interaktion mit Personen, von denen diese Muster übernommen werden können. Diesbezüglich ist zunächst festzustellen, dass aufgrund der höheren räumlichen Konzentration von Problemgruppen im Wohnquartier – bei einer insgesamt hohen Interaktionsdichte – die Wahrscheinlichkeit des Kontakts mit Personen gleicher sozialer Lage steigt. Für diese These sprechen die Ergebnisse der Studie von Herlyn, Lakemann und Lettko, die zeigen, dass Beziehungen zu Freunden und Bekannten im Quartier häufig durch Ähnlichkeiten in der Lebenslage zustande kommen (Herlyn/Lakemann/Lettko 1991). So wird von vielen der befragten Personen angemerkt, dass Kontakte entstanden seien, weil die entsprechenden Personen ebenfalls arbeitslos seien bzw. Sozialhilfe bezögen. Auch Friedrichs und Blasius zeigen, dass Arbeitslose überdurchschnittlich mit Arbeitslosen verkehren (Friedrichs/Blasius 2000).

Studien zur wohnquartiersabhängigen Weitergabe von abweichenden Handlungsmustern liegen für deutsche Städte bisher nicht vor. Friedrichs und Blasius können aber Wohnquartiereffekte des „sozialen Lernens“ insofern nachweisen, als dass die Toleranz der befragten Personen gegenüber deviantem Verhalten – unabhängig von ihren individuellen Merkmalen – mit dem Anteil der von Armut betroffenen Bevölkerung im Wohnquartier ansteigt. Dieser Effekt stellt sich insbesondere bei Personen ein, die *„...überdurchschnittlich viel Zeit im Wohnquartier verbringen und die wenige Netzwerkpersonen haben“* (ebd.: 193).

Das Wohnquartier als Ort von Stigmatisierung und Diskriminierung

Die identitätsbildende Bedeutung des symbolischen Gehalts von Wohnquartieren für verschiedene Formen der Identifikation ist unbestritten. Insbesondere die Prozesse der Selbst-Identifikation und des „Identifiziert-Werdens“ mit dem Wohnquartier sind in Bezug auf die Handlungschancen benachteiligter Bevölkerungsgruppen relevant. So kann die diskreditierende symbolische Bedeutung von Problemquartieren aufgrund einer Identifikation mit dem Wohnquartier die Selbstidentität der Bewohner nachhaltig negativ beeinflussen. Infolge des „Identifiziert-Werdens“ mit dem symbolischen Gehalt von Problemgebieten kann es von Seiten der außenstehenden Bevölkerung zu Diskriminierungsakten kommen, die sich für die Quartierbewohner z. B. in Form negativer Sanktionshandlungen äußern und diese aus wichtigen Relevanzbereichen des Lebens ausschließen. Eine anhaltende Stigmatisierung von außen kann darüber hinaus rückwirkend wiederum die Veränderungen der Selbstidentität der Quartiersbewohner nach sich ziehen.

Der symbolische Gehalt eines Wohnquartiers wird – über die Personen- oder Verhaltenssymbolik der Bewohner hinaus – verstärkt auch durch objektbezogene Merkmale wie schlechte Wohnverhältnisse, verwahrloste öffentliche Plätze oder mit Graffiti beschmierte Häuserwände bestimmt (Vaskovics 1976: 63). Da Objekte des Wohnquartiers eindeutiger wahrnehmbar sind, zeigt ihr symbolischer Gehalt eine höhere Übereinstimmung und ist oft nachhaltiger als der von Personen- oder Verhaltenssymbolen.

Inwieweit sich die Bewohner benachteiligter Wohnquartiere der negativen Bewertung oder sogar Diskriminierung ihres Quartiers bewusst sind, wird durch verschiedene Untersuchungen belegt. Demnach fallen die bei Freunden und Bekannten vermuteten Bewertungen des eigenen Wohnquartiers deutlich schlechter aus als die eigenen und die der übrigen Bevölkerung der Stadt noch einmal schlechter als die der Freunde und Bekannten (Friedrichs/Blasius 2000).

Es ist anzunehmen, dass die beschriebenen Effekte in den Problemgebieten nicht isoliert auftreten. Stattdessen ist von Überlagerungen, Wechselwirkungen und gegenseitigen Verstärkungen auszugehen. Trotz der zunehmenden Bedeutung derartiger Quartiereffekte existieren bisher kaum empirische Untersuchungen, die einen Effekt der räumlichen Konzentration sozialer Probleme im Wohnquartier auf die Lebenslagen der Bewohner empirisch belegen. Eine Untersuchung zum Einfluss von Wohnquartieren auf die Dauer von Armutslagen in den Städten Bremen und Bielefeld konnte allerdings unter Berücksichtigung verschiedenster haushaltsbezogener Merkmale bzw. Merkmalskombinationen zeigen, dass mit dem Anstieg der räumlichen Konzentration von Armut im Quartier auch die Dauer von Armutslagen signifikant zunimmt (Farwick 2001).



Intervention durch Stadtteilentwicklungsprogramme

Schon zu Beginn der 1990er Jahre wurden in einigen Bundesländern Stadtentwicklungsprogramme aufgelegt, die sich mit der besonderen Problematik der Kumulation von Problemen in städtischen Quartieren befassen. So ist in Bremen mit dem Programm der „Nachbesserung von Großwohnanlagen“ frühzeitig versucht worden, neue Wege der Zusammenarbeit verschiedener Ressorts im Sinne einer integrierten Stadtteilentwicklung zu beschreiten (Lürssen/Richters 1994). Anknüpfend an diese Erfahrungen wurde nach Auslaufen des Nachbesserungs-Programms in beiden Behörden ein neues Programm „Wohnen in Nachbarschaft (WiN)“ für den Zeitraum von 1999 bis 2004 entwickelt und durch das parallel anlaufende Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ergänzt. In diesem Programmverbund sind zehn stadtbremische Problemgebiete eingeschlossen.

Eine Evaluation der Programmaktivitäten zum Ende der Laufzeit konnte insgesamt eine deutliche Verbesserung sowohl der baulichen als auch der sozialen Situation in den Quartieren aufzeigen (IfS/ForStaR 2004). Diese positive Entwicklung bestätigt sich auch in Gesprächen mit den lokalen Experten der Kontaktpolizei und in einer telefonischen Bewohnerbefragung (n=1000).

Im Einzelnen wird aber von den Bewohnern insbesondere die Entwicklung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens in den Quartieren zunehmend kritischer bewertet. Auf die Frage nach der Veränderung von Aspekten der Wohnsituation zeigt sich eine deutlich negative Einschätzung der Bewohner in der Nachbarschaft sowie in der erweiterten Wohnumgebung, während bauliche und infrastrukturelle Veränderungen in weiten Teilen positiv eingeschätzt wurden (vgl. Abbildung 3). Insgesamt stellen die nachbarlichen Probleme für die Befragten das zentrale Problem dar. Vor allem das Verhältnis der deutschen Bewohner

den Migranten gegenüber scheint gespannt zu sein: Nahezu ein Viertel der Befragten deutschen Bevölkerung sieht die übermäßige Zahl von Ausländern als eines der drängendsten Probleme im Stadtteil (vgl. Abbildung 4).

Damit wird deutlich, dass Schwierigkeiten, die mit der spezifischen Zusammensetzung der Bevölkerung in den Programmgebieten in Verbindung stehen, im Rahmen der Quartierentwicklungsprogramme weitaus schwerer zu lösen sind als bauliche oder städtebauliche Missstände.

Es hat sich gezeigt, dass derartige Programme auf verschiedenen Ebenen zwar positive Veränderungen bewirken: Sie können sichtbare Zeichen setzen, Quartiere stabilisieren, Konflikte entschärfen, die Identifikation mit dem Quartier stärken, die Handlungsmöglichkeiten der Bewohner erweitern und das Image des Quartiers verbessern. Somit ist anzunehmen, dass einige der oben beschriebenen negativen Quartiereffekte zumindest abgeschwächt worden sind. Eine grundlegende Veränderung der Entwicklung der Quartiere ist jedoch schwerlich möglich, da diese eingebettet bleiben in gesamtgesellschaftliche Prozesse, stadtübergreifende Planungen und wohnungspolitische Entwicklungen (vgl. Häußermann 2004).

Handlungsempfehlungen

Aufgrund der Tatsache, dass die benachteiligenden Effekte einer räumlichen Konzentration von Problemgruppen in städtischen Quartieren nur bedingt durch stadtentwicklungspolitische Maßnahmen vermieden, allenfalls abgefedert werden können, sollte alles unternommen werden, um die fortschreitende soziale Segregation einzudämmen und die Entstehung neuer Problemgebiete zu vermeiden. Dazu sollte die Entwicklung der Segregation im Rahmen eines möglichst kleinräumigen innerstädtischen Monitorings laufend beobachtet werden, um bei

Fehlentwicklungen rechtzeitig intervenieren zu können.

Im Hinblick auf die bereits bestehenden Problemgebiete muss es zunächst darum gehen, die sich selbst verstärkende Abwärtsspirale selektiver Migration zu unterbrechen. So sollten die Quartiere durch eine Modernisierung des Wohnungsbestands, die Verbesserung des Wohnumfelds sowie einen bedarfsgerechten Rückbau aufgewertet werden. Sozial stabilisierende Haushalte mit höherem Einkommen müssen im Bestand gehalten werden. In diesem Zusammenhang ist die Möglichkeit der Aussetzung von Fehlbelegungsabgaben zu überprü-

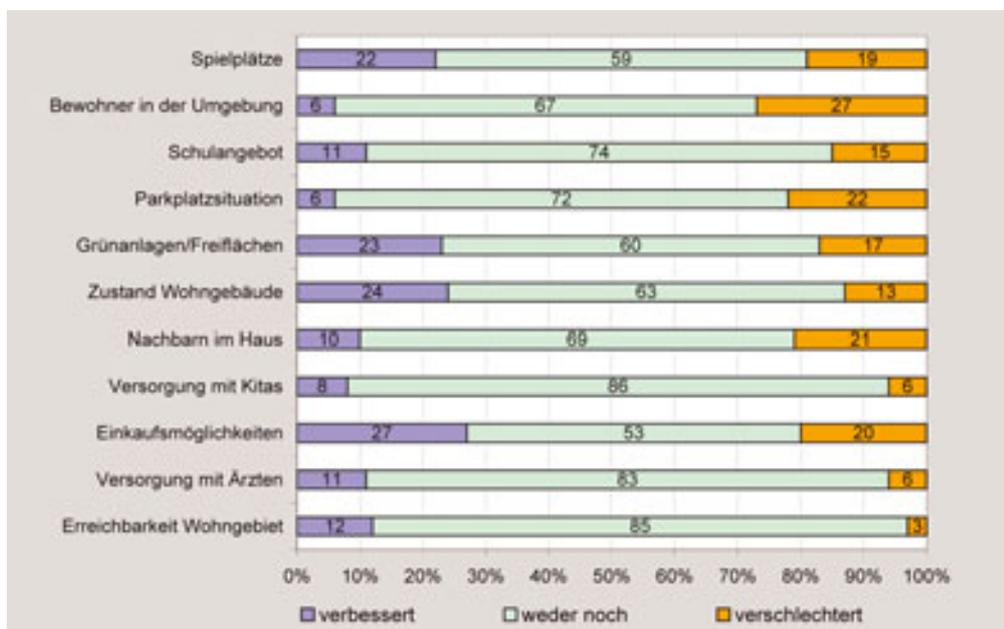


Abb. 3: Bewohnerbefragung in Problemgebieten – Änderung von Aspekten der Wohnsituation. Quelle: IfS/ForStaR (2004).



fen. So gibt es in Bremen seit 1998 die Möglichkeit, im Interesse einer sozial ausgewogenen Bewohnerstruktur in einigen Wohnungsbeständen auf eine Fehlbelegungsabgabe zu verzichten (Freie Hansestadt Bremen 2001). Ist ein Rückbau unvermeidbar, sollte dieser durch ein regional abgestimmtes Umzugsmanagement begleitet werden, um die Entstehung neuer Problemgebiete aufgrund von Wanderungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen in potentielle Segregationsgebiete zu verhindern.

Neben einer baulichen Aufwertung sind die sozialen Verhältnisse in den Gebieten durch eine aktive Quartiersarbeit unter Einbezug der Bewohner zu stabilisieren. Hierzu sollten soziale Angebote unter anderem in den wichtigen Bereichen der Integration von Migranten und der offenen Jugendarbeit gesichert werden. Gerade im Bereich des Quartiermanagements ist auch ein verstärktes Engagement der Wohnungswirtschaft gefragt, denn diese profitiert von einer sozial stabilen Situation in den Wohnquartieren durch bessere Vermietbarkeit, weniger Vandalismus, eine geringere Bewohnerfluktuation und weniger Mietrückstände (vgl. Landtag NRW 2004: 255). Wesentlich ist, dass die erzielten Erfolge einer sozialen Stabilisierung der Quartiere nicht durch eine rücksichtslose Belegungspraxis einzelner Wohnungsbaugesellschaften konterkariert werden. Gerade in Zeiten entspannter Wohnungsmärkte besteht die Gefahr, dass die entsprechenden Akteure ihre Belegungspolitik weniger auf eine sozial verträgliche Mieterstruktur als auf die Vermeidung von Leerständen um jeden Preis ausrichten. Im Rahmen einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Kommunen mit der Wohnungswirtschaft sollte ein schonendes Belegungsmanagement als verbindlich angesehen werden.

Dr. Andreas Farwick

Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geographie der Universität Bremen

Literatur

- Deutscher Bundestag (1988): Neubauesiedlungen der 60er und 70er Jahre. Probleme und Lösungswege. Drucksache 11/2568, Bonn.
- Farwick, A. (2001): Segregierte Armut in der Stadt. Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern, Opladen.

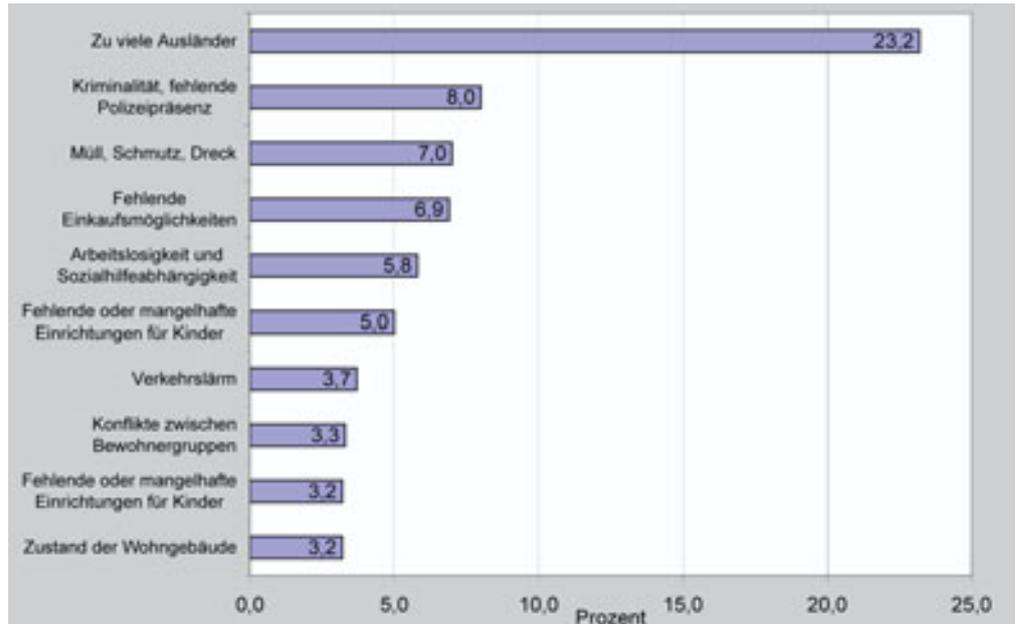


Abb. 4: Bewohnerbefragung in Problemgebieten – Drängendste Probleme im Stadtteil. Quelle: IfS/ForStaR (2004).

Freie Hansestadt Bremen (2001): Wohnungsbericht der Stadt Bremen, Amt für Wohnung und Städtebauförderung, Bremen.

Friedrichs, J.; Blasius, J. (2000): Leben in benachteiligten Wohngebieten, Opladen.

Häußermann, H. (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/11, S. 13-21.

Häußermann, H. (2004): Die Programme „Soziale Stadt“ und „Wohnen in Nachbarschaften“, Vortrag anlässlich der Präsentation der Ergebnisse der Evaluation der beiden bremischen Programme, Bremen, 1. November 2004.

Herlyn, U.; Lakemann, U.; Lettko, B. (1991): Armut und Milieu, Basel [u.a.].

IfS; ForStaR (2004): Evaluation der Programme „Wohnen in Nachbarschaften - WiN“ und „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ in Bremen, Endbericht, Berlin.

Keim, R.; Neef, R. (2000): Ressourcen für das Leben im Problemquartier, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/11, S. 30-39.

Kreibich, V. (1990): Die Gefährdung preisgünstigen Wohnraums durch wohnungspolitische Rahmenbedingungen, in: Blasius, Jörg; Dangschat, Jens (Hrsg.) Gentrification, Frankfurt am Main [u.a.], S. 51-68.

Landtag NRW (2004): Zukunft der Städte. Bericht der Enquetekommission des Landtags von Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Lürssen, R.; Richters, B. (1994): Der Erneuerungsprozess einer westdeutschen Großsiedlung – Am Beispiel Osterholz-Tenever, in: Froessler, R.; Lang, M.; Selle, K.; Staubach, R. (Hrsg.), Lokale Partnerschaften, Basel [u.a.], S. 222-230.

Statistisches Landesamt (2003): Bremen kleinräumig, Daten-CD-Rom, Bremen.

Tobias, G.; Boettner, J. (1992): Wenn die einfachsten Dinge schwierig werden, in: Tobias, G.; Boettner, J. (Hrsg.), Von der Hand in den Mund, Essen.

Vaskovics, L. A. (1976): Segregierte Armut. Randgruppenbildung in Notunterkünften, Frankfurt am Main [u.a.].